Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 17. II. BAND 10. März 1916.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

Insertionspreis: $^1/_1$ S. 50 M. $^1/_2$ S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

Nr. 17. 10. März 1916.

POLNISCHE BLÄTTER

Die Haltung der Polen.

Wir haben in der letzten Nummer eine ansehnliche Zahl von polnischen Pressestimmen „zur Rede Ssasonows“ angeführt. Selbstverständlich waren wir imstande nur Stimmen aus Zeitungen zu reproduzieren, die uns nach der ersten Dumasitzung vorlagen.

Wer diese polnischen Aeusserungen liest, dem wird ein charakteristisches Merkmal nicht entgehen: nämlich, der realpolitische Zug, der die politische Lage und politische Sympathie nur nach dem Tatsachenbestand beurteilt. Besonders zu beachten wäre, dass dieser Zug in den Zeitungen in Kongresspolen — der massgebende ist: Die dortigen Polen werden bis nun nominell, auf Grund des internationalen Rechts, leider als Untertanen des Zaren bezeichnet; für die Patrioten aber, wie der Verfasser der unlängst erschienenen Broschüre „Na przełomie czasów“ (Auf dem Wendepunkte) ausführt, — ist bis nun der Beschluss des letzten polnischen Reichstags und Oberhauses vom 25. Januar 1831 gültig, demnach die Dynastie Romanow des polnischen Thrones für verlustig erklärt wird. Die Patrioten betrachten sich daher als moralisch und rechtlich freie Bürger, für die nur salus reipublicae suprema lex ist. Fast in sämtlichen Pressestimmen wird die russische Recht- und Zuchtlosigkeit, die russische Missachtung des gegebenen Wortes, die barbarische Behandlung der Bevölkerung betont; dagegen wird die Neueröffnung der polnischen Hochschulen, die seitens der deutschen Behörden erfolgte, die Gründung von Elementarschulen und Volksuniversitäten in den von Russland falsch als urrussisch bezeichneten Ortschaften, mit

grösster Genugtuung hervorgehoben. Mit Entrüstung weist die Presse den wohldurchdachten Vorwurf Ssasonows, als ob die provisorische Trennung Kongresspolens in ein österreichisches und deutsches Okkupationsgebiet eine definitive Teilung wäre, ab; was dahinter steckt, wird jeder Kenner der polnischen Volksseele leicht begreifen. Die Unterströmung all dieser Pressestimmen bilden Hoffnungen und Erwartungen, Erwartungen und Hoffnungen, deren Grundton — das Gegenteil von Russlands faktischer Politik ist, die sämtliche Spuren der polnischen Staatlichkeit vernichtete. Diese scheinbar programmlosen Stimmen bilden doch ein Programm; diese Negierung Russlands Nivellierungspolitik ist gleichzeitig ein positiver Wille. Dahinter steckt ein Volk, das bis nun von Russland als ein politisches Objekt behandelt wurde, das aber nie aufgehört hat sich als staatsrechtliches Subjekt zu betrachten; ein Volk, das nicht vom Standpunkte der inneren Politik behandelt werden will, da es auf Grund seiner Vergangenheit, seiner Zahl, seines stark ausgeprägten Nationalbewusstseins, seiner militärischen — auch in der Gegenwart nicht zu unterschätzenden Leistungsfähigkeit, wohlgerechten Anspruch darauf erheben darf.

Das wurde auch an der Newa verstanden, und noch besser — von den Politikern der Entente-Mächte. In den letzten Tagen lassen sich in der französischen und italienischen Presse wunderliche Stimmen vernehmen. Die „Humanité“ sagt — nach Meldung der „Vossischen Zeitung“ vom 22. II. — dass der Vierverband nicht nur für Belgien, sondern auch für die Wiederaufrichtung Polens etwas tue. Das Blatt sagt: „Die Polen wünschen die Unabhängigkeit ihres Landes. Wir haben nicht nötig, von neuem zu erklären, dass die öffentliche Meinung der verbündeten Nationen die polnische Sache unterstützt. Eine Autonomie innerhalb des russischen Kaiserreiches aber hängt von Petersburg allein ab, aber die Verbündeten müssen gemeinsam daran arbeiten, dass ihre Diplomaten

sich mit dieser Frage beschäftigen und einige Worte der Ermutigung an die Polen richten. Es liegt im Interesse Russlands selbst, die polnische Unabhängigkeit zu begünstigen, denn niemand würde von der Gründung eines Pufferstaates mehr Nutzen ziehen als gerade Russland, das sich dadurch dem gefährlichen deutschen Einfluss entziehen könnte."

Nicht mit Unrecht bemerkt dazu Gustave Hervé in der „Victoire" (Nr. 50, 19. II. 16): „Peut-on dire que la censure vient de déclarer qu'il sera désormais interdit de parler de l'indépendance de la Pologne, à moins que les articles sur ce sujet n'aient été au préalable approuvés par l'ambassade russe?" Die italienische Presse spricht sich in diesem Sinne noch deutlicher aus.

Diese Strömungen mussten bei den Entente-Mächten stark gewesen sein, da sich die russische Regierung veranlasst sah, Schritte zwecks Unterdrückung diesbezüglicher Aufsätze in der französischen Presse zu unternehmen. Zwar hat die Petersburger Telegraphenagentur die Meldung, wonach der russische Botschafter in Paris diese Schritte unternommen hätte, dementiert; allein, ob Herr Iswolski in höchsteigener Person den französischen Zensurerlass, demzufolge der in letzter Zeit in der französischen Presse eingerissenen „Unsitte", die Unabhängigkeit Polens zu erörtern, unweigerlich aufzuräumen sei, bewirkt hat, oder dieser Erlass von einem anderen russischen Faktor verursacht wurde, ist ja schliesslich ohne Belang. Ja, der Wille der Polen tritt nun in der letzten Zeit so stark hervor, dass trotz allen Unterdrückungsmassregeln, die russische Regierung ihm doch Rechnung tragen muss. Noch vor einigen Wochen hatten die russischen Zeitungen mit Empörung festgestellt, dass die Polen plötzlich ganz was anderes verlangen, als der bekannte bluff des Nikolai Nikolajewitsch in Aussicht gestellt hat (Vergl. Poln. Bl. Nr. 13. „Zur Haltung der sogenannten russophilen Polen"). Schon nach wenigen Wochen sieht sich die russische

Regierung gezwungen, einen anderen Ton anzuschlagen. Die russische Zeitung „Kijew“ die unlängst noch die polnischen Bestrebungen aufs heftigste bekämpft hatte, kommt nun — wie die „Rheinisch-Westph. Zeitung“ meldet — zum Schluss, dass die „polnische Frage eine internationale geworden sei, und dass man bei einem Friedenskongress darauf verzichten müsse, diese Frage bloss vom russischen Standpunkte aus zu behandeln. Weiter sagt dieses konservative Blatt, man sei nun doch einmal vom grössten Teil Polens losgelöst, deshalb solle man den 2000000 in Russland sich aufhaltenden Polen, die durch ihren Reichtum sehr einflussreich seien, die Daumschrauben ansetzen, um sie zu wahren Russen zu erziehen.“

Und wenn in diesem Sinne ein konservatives Blatt schreibt, umso weiter muss in seinen Folgerungen der liberale Flügel der russischen Politiker gehen. Fürst Eugen Trubetzkoj sprach auch unlängst in klaren Worten: „Wir dürfen nicht zusehen, dass Polen untergeht, noch viel weniger dürfen wir es erlauben, dass es von Deutschland verschluckt wird. Für die Macht und Unabhängigkeit Russlands könnte hingegen ein von Deutschland unabhängiges Polen von grösster Bedeutung werden.“ Der Fürst, der über die Pläne des Zaren sehr unterrichtet ist, meint weiter: „Ein durch Deutschland unterworfenes Polen bedeutet den ersten Schritt zur Zergliederung Russlands. Es ist ein Ausfluss eines ungeheuren Eroberungsplanes, nach welchem Polen, Litauen, die baltischen Provinzen und die Ukraine bis zum Schwarzen Meer von Russland losgelöst werden sollen. Ich glaube aber dennoch, dass im Frühjahr eine siegreiche Offensive uns aus allen Schwierigkeiten helfen wird, und dass uns dann Polen bei einer Verwirklichung unserer nationalen Pläne auch bei Proklamierung eines Grossherzogtums beistehen wird.“

Von dem „Russkoje Słowo“ wird diese Frage auch als für die Zukunft Russlands entscheidend angesehen. Polen, so sagt das Blatt, kann unter deutscher Führung

zu einer gefährlichen Waffe werden, besonders gegen Russland gewendet. Das Blatt nimmt dann auch die Ideen des Fürsten Trubetzkoj auf von der Errichtung autonomer Staaten.

Fürst Trubetzkoj ist ein ehrlicher Ideologe: von den Hintermännern einer solchen Zeitung, wie „Kijew", wird man das schwerlich behaupten können. Und wenn dennoch auch russische konservative Blätter plötzlich die polnische Unabhängigkeit zugestehen — so stehen wir vor einem neuen Kapitel einer grosszügigen russischen Demagogie. Und just wird polnischen Blättern gemeldet, dass der russische Ministerpräsident einige polnische Politiker empfangen und mit ihnen über die Unabhängigkeit Polens sich unterhalten hat.

Für uns sind all diese russischen Liebäugeleien nichts anderes, als eine politische Ouvertüre zu der Frühlingsoffensive der bis nun so wuchtig geschlagenen russischen Armee, die vermutlich „einer moralischen Stärkung" bedürftig ist, bevor sie gründlich und endgültig vernichtet wird. Aber was sagen dazu die nominellen polnischen Untertanen des Zaren? An die bekannte Erklärung des Dumaabgeordneten Harusewicz anknüpfend, spricht Abgeordneter Lempicki in den Warschauer Blättern den gegenwärtig in Petersburg weilenden polnischen Abgeordneten jedes Recht ab, im Namen des Polenklubs Erklärungen abzugeben, da von den elf Abgeordneten, die das Königreich wählte, in Petersburg nur drei anwesend sind; dies Collegium sei doch sicherlich zu gering, um eine Nation zn repräsentieren. Die Warschauer „Nowa Gazeta" erinnert gelegentlich, dass angesichts der einschränkenden Bestimmungen der Wahlordnung die Dumaabgeordneten nie überhaupt die eigentliche Stimmung der polnischen öffentlichen Meinung darstellten; mit bekannten Ausnahmen, repräsentierten sie nur e i n e Partei. Diejenigen Politiker, die Erklärungen in der Duma abgeben und sich von dem leitenden Staatsmanne Russlands mit Unabhängigkeitsideen betören lassen, repräsentieren

eigentich nur sich selbst. Ferner wird der „Kölnischen Zeitung“ vom 24. Februar aus Kopenhagen gemeldet: „Das Hauptblatt der Polen in Petersburg, Dziennik Petrogradzki, veröffentlicht einen aufsehenerregenden Aufruf an die polnischen Abgeordneten der Reichsduma, worin diesen ein Misstrauensvotum ausgesprochen wird und sie mittelbar aufgefordert werden, ihre Mandate niederzulegen. In dem Aufruf heisst es unter anderm: „Ihre Taktik hat die Billigung Polens nicht gefunden. Sie sind Mitglieder jener gesetzgebenden Körperschaft, zu deren Befugnis es gehört, in Polen Reformen durchzuführen. Aber Sie haben vollkommen bewusst zu bestimmten Zwecken diese Bestrebungen missachtet. Die Polen der Reichsduma werden aufgefordert, sich jetzt nicht dem polnischen Volke in den Weg zu stellen auf der Bahn, auf der es gegenwärtig schreitet.“ Am Schlusse heisst es, „Polen werde wieder auferstehen. Deshalb sollten die Vertreter der Polen in der Reichsduma sein Erwachen nicht erschweren.“

Während ein Teil der öffentlichen Meinung dieses „Nicht-Erschweren“ verlangt, erleichtert ein anderer Teil der Polen die beste Politik, d. i. — die Losreissung Polens von Russland. „Russkija Wjedomosti“ vom 4./17. Februar 1916 schreiben aus Smoleńsk, dass das Urteil in dem hinter verschlossenen Türen vor dem Kriegsgericht verhandelten Prozess gegen die polnische Konföderation, die die Abtrennung des Weichselgebiets zum Ziel hatte, in öffentlicher Sitzung verkündet wurde. Brenner wurde zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Benek zu sechs, zwei zu Verschickung, vier zu Festungshaft verschiedener Dauer, vier wurden freigesprochen.

Zur Erkläung sei hinzugefügt, dass das russische Gericht, welches in Smoleńsk die polnische „Konföderaten“ verurteilte, das aus Mińsk evakuierte Gerichtshof ist; in Mińsk, in der Haupstadt Weissrusslands, also dicht an der Front der gegen Deutschland kämpfenden russischen Truppen, befand sich die polnische Irredenta,

die die „Abtrennung des Weichselgebietes zum Ziel hat“.

So viel tatsächliches Material zur Stellung der Polen. Im Laufe eines ganzen Jahrhunderts, in einer grausamen Schule erzogen, haben die Polen Zucht und politischen Realismus erworben. Die nominellen Untertanen des Zaren, die juridisch laut den Bestimmungen des Wiener Kongresses „Untertanen des Königreichs Polen“ sind, warten eben bis sie auch faktische Bürger eines Königreichs Polen werden. Ihre überwältigende Mehrzahl lässt sich lediglich von Tatsachen leiten — und ist für Russland nicht zu haben. Und diese entschlossenen und abschliessenden Tatsachen können nur die siegreichen Zentralmächte schaffen.

Unrichtige Voraussetzungen.

(Bemerkungen zum Buche Dr. Grabowsky's)

Das Buch Dr. Adolf Grabowsky's: „Die polnische Frage“ (Berlin, Karl Heymanns-Verlag) gehört zweifellos zu den interessantesten Erscheinungen auf dem Gebiete der gegenwärtigen Polenliteratur. Es ist durchaus von einer persönlichen Note bestimmt, die bezeugt, dass hinter dem Buche eine eigenartige Persönlichkeit steht. Halb Aesthet, halb Wissenschaftler überträgt er in sein letztes Buch diese zwei verschiedenartigen Elemente, ohne sie jedoch zu einer synthetischen Einheit zu verschmelzen. Der Aesthet lässt auf sich die Schönheiten des Polenlandes, die Kultur der oberen Volksschichten, den Schwung der polnischen Ideale wirken. „Wie wunderschön ist dieses Land!“ — ruft Dr. Grabowsky in der Einleitung aus und lässt das Stimmungsbild der polnischen traumhaft-phantastischen Landschaft folgen, das seinem künstlerischen Empfinden alle Ehre erweist. Die Kultur und den Charakter der Polen fasst er in einem kurzen Satz zusammen: „Der Pole ist der Südländer des Ostens“. Ein Nationalpole würde vielleicht gegen diese Bezeichnung Einspruch erheben; er würde

sagen: Die Polen sind eben Polen und lassen sich nicht in fremde Formen umsetzen. Das Strassenleben einer Grossstadt wie Warschau ist ja für das Innere einer nationalen Psyche nicht ganz massgebend. Die grosse polnische Literatur eines Mickiewicz, Słowacki, Krasiński, Wyspiański soll auch bei der Beurteilung der polnischen Volksseele in Betracht gezogen werden, auch solche realistische Züge wie die polnische Arbeit und polnisches Organisationstalent — nicht nur in der Provinz Posen. Das bezeugt eben, dass die Polen Polen sind; aber wir nehmen den Vergleich auf, inwiefern der Verfasser damit auf die Lebhaftigkeit des Gefühls und der Phantasie hinweisen möchte, die sich zur bekannten Leidenschaftlichkeit der Vaterlandsliebe steigert. Daraus aber sollen andere Schlüsse gezogen werden, als es Herr Dr. Grabowsky tut.

Nun aber zum Wesentlichsten, das leider von den schöngeistigen Merkmalen des Verfassers gestört wird. Das Buch trägt Spuren einer vielseitigen Belesenheit und — was wichtiger — einer Studienreise, die der Verfasser nicht gescheut hat zu unternehmen, um Land und Leute kennen zu lernen. Allerdings benötigt seine Erudition manchmal eine Korrektur, so z. B. wenn er behauptet, dass Mickiewicz seinen Konrad Wallenrod „unter dem niederschmetternden Eindrucke des missglückten Aufstandes von 1830/31“ schrieb. Von dem realistischen Standpunkt aus wird es für die Polen ein Novum sein, zu erfahren, dass „der erwähnte Einschlag litauischen Wesens im Polentum . . . den polnischen Aufstieg zur Wirtschaftlichkeit“ begünstigte. Grundsätzlich irrtümlich ist Grabowsky's Darstellung der inneren Parteiverhältnisse Polens, in der er am Schluss die polnischen Nationaldemokraten und die sozialistischen P. P. S. in einen Topf wirft, mit der Etikette, dass die beiden nationalen Parteien „die Wiederaufrichtung des polnischen Reiches in den Vordergrund ihrer Wünsche stellen“, um am Ende zur logisch und faktisch ganz ungerechtfertigten Behauptung zu gelangen: „Ja selbst

die P. P. S., aus der doch die antirussischen Korps hervorgegangen sind, ist in ihrem Kern zu einer gewissen Russenneigung gelangt, wofür auch der Versuch, polnische Legionen auf russischer Seite zu bilden, ein Zeugnis ist". Die P. P. S. ist bekanntlich die leidenschaftlichste Bekämpferin dieser totgeborenen polnisch-russischen Gegenlegion gewesen.

Viel politischen Sinn und Beobachtungsgabe bezeugt der Verfasser in der Behandlung der Judenfrage. Dem Ausgangspunkte Dr. Grabowsky's — „Polenfrage und Judenfrage sind nicht zu trennen" — stimmen wir keineswegs bei; die Judenfrage ist eine lokale Angelegenheit der 14%igen Bevölkerung, die ihre kulturellen und ökonomischen Nöte innerhalb der polnischen Grenzen — mit Ausnahme einer kleinen Zionistenschar — beheben will und wird. Im einzelnen dagegen gibt Herr Dr. Grabowsky viele richtige Einblicke in die jüdischen Verhältnisse. Zwei von den festgestellten Tatsachen möchten wir hier unterstreichen. „Der Jude in Litauen — lesen wir S. 23 — ist ein anderer als der in Polen"; das halten wir für eine einfache und einleuchtende Wahrheit und fügen hinzu: umsomehr unterscheidet sich der Jude in Weissrussland, in Berdytschew und Odessa. Damit wird aber gesagt, dass es eigentlich keine Ostjudenfrage gibt, nur eine Frage der polnischen und der russischen Juden, unter denen jede Gruppe ihre verschiedenartigen psychischen Merkmale aufweisst und besondere politische Interessen verfolgt. Darum müssen wir alle Bemühungen der russischen Juden, sich als Fürsprecher und Vorkämpfer aufzuspielen, entschieden zurückweisen.

Zweitens: Der Verfasser warnt, die „direkte Germanisation" unter den Juden zu betreiben und stellt im Vergleich zum Juden den Polen als einzigen politischen Machtfaktor hin. Selbstverständlich soll und muss den jüdischen Bürgern Polens auf Grund der Gleichberechtigung Rechnung getragen werden; aber „es kommt wirklich nicht darauf an, einen wie grossen Prozentsatz die Juden unter der Warschauer Bevölkerung ausmachen,

sondern in Frage steht der Charakter Warschaus selbst. Und dieser ist rein polnisch, weil eben die Polen das herrschende Volk sind‘ (S. 36).

Wir müssen aber, auf die detaillierte Analyse, wie der Verfasser die Licht- und Schattenseiten verteilt, verzichten. Es handelt sich ja um das Grundlegende seiner Ausführungen, um den fundamentalen Aufbau seiner Gedanken. Diesen erblicken wir in zwei leitenden Ideen. Die Polen — glaubt Dr. Grabowsky beweisen zu können — sind durch das Wirtschaftliche mit dem russischen Reich verbunden. Ferner folgert der Verfasser: „Man wird den Polen nicht zutrauen dürfen, dass sie ganz sich selbst überlassen, Realpolitik treiben, also politische Disziplin üben werden“.

Das wirtschaftliche Moment wird unserer Meinung nach in Deutschland stark übertrieben. Nationen, deren völkische, kulturelle, politische Eigenart jahrzehntelang unterdrückt wird, und die höhere menschliche und staatliche Zwecke verfolgen, werfen gewöhnlich nicht ihre tausendjährige Tradition und tief eingewurzelte Gefühle auf die Schale des kaufmännischen Soll und Haben. Wirtschaftliche Vorteile sind gewöhnlich das Gut einer einzigen Klasse, von dem die übrigen sehr wenig profitieren; wirtschaftliche Konjunkturen sind immer nur etwas Vorübergehendes, stehen immer mit der allgemeinen politischen Lage, besonders aber mit der Staatsform und mit dem regierenden Wesen in engem Zusammenhang. Eine russische Fremdherrschaft kann nie einem Volke dauernd eine wirtschaftlich unabhängige Existenz sichern, wenn sie auch manchmal eine seiner Volksschichten mit Lockspeisen füttert, um um so leichter das Ganze politisch zu knechten. Das weiss heute jeder gebildete Mensch, das ist heute in Polen bereits Gemeinplatz. Das Weiterspinnen von wirtschaftlichen Banden zwischen Polen und Russland ist in Polen total aus der Mode gekommen, und es ist kaum begreiflich, warum der Herausgeber der „Zeitschrift für Politik“ all die Tatsachen beiseite schiebt, die beweisen, welch

ernste und massgebende polnische Kreise — nicht aus Galizien, sondern aus Kongresspolen — die zollpolitische Unabhängigkeit Polens von Russland fordern. Wir haben in Nr. 14 der „Polnischen Blätter“ gegen 20 Stimmen polnischer Grossindustrieller, Fabrikdirektoren, Agrarpolitiker angeführt, die noch unter russischer Herrschaft sich für die wirtschaftliche Lostrennung aussprachen; wir sind in der Lage, auf mehrere polnische diesbezügliche Ausführungen zu verweisen. Die Voraussetzungen, dass in Polen eine stark russophile Strömung, und zwar auf ökonomischer Basis, besteht, bezeichnen wir als unrichtig und irreführend. Hie und da lassen sich einzelne Stimmen in diesem Sinne vernehmen; mit dem Polentum haben sie bewiesenermassen wenig gemeinsam. Wir geben zu: man soll in Polen mit Strömungen rechnen, die nicht russophil im eigentlichen Sinne des Wortes sind, — sondern aus falscher Berechnung an der Seite Russlands die Rettung und den Zusammenschluss ihres Volkes erhoffen; mit wirtschaftlichen Thesen und Antithesen kommt man aber in der Bekämpfung dieser Illusion nicht weit. Man gerät im Gegenteil auf falsche Bahnen und erweist somit der antirussischen Sache einen gar schlechten Dienst. Ein ernster Mann, der sich nicht scheut, der Wahrheit ins Antlitz zu schauen, muss die Frage anders stellen, ohne im vorhinein zu befürchten, dass er zu anderen Schlüssen als Herr Grabowsky gelangen könnte.

Was die zweite Voraussetzung des Verfassers anbetrifft, nämlich, dass die Polen nicht imstande sind, Realpolitik zu treiben, also politische Disziplin zu üben, antworten wir mit aller Ruhe: zunächst muss man sich über den Begriff klar werden, was unter Realpolitik zu verstehen ist. Es wird hier zu oft der Zweck mit den Mitteln verwechselt. Bekanntlich kann ein realer Zweck nicht mit unrealen Mitteln verfolgt werden und vice versa. Der schroffste Vorwurf, der gegen die realpolitische Befähigung der Polen gemacht wird, besteht nämlich darin, dass sie im Laufe des 19. Jahrhunderts

so viele Aufstände gegen Russland geführt haben — und wann? in Zeitpunkten, als ihre Lage seitens Russlands eine Besserung erfahren hatte. Wir vertreten aber den Standpunkt, dass diese Aufstände, vom Gesichtspunkte des Zweckes geprüft, eben Realpolitik waren, weil sie das grosse Nationalideal nicht verzerrt und verblasst sehen wollten. Eine andere Frage ist: ob es Realpolitik vom Gesichtspunkte der Mittel war. Hier aber muss erinnert werden, dass die Mittel sehr oft ausserhalb des Bereiches der Polen standen. Die Ahnen der gegenwärtigen Lobredner der letzten These des Herrn Dr. Grabowsky haben z. B. ziemlich viel zur Verschlimmerung dieser Mittel beigetragen, und dafür müssen wir jetzt alle büssen. Sollten wirklich immerfort den Polen Vorwürfe dieser Art gemacht werden? Wir glauben, die jüngsten Erfahrungen belehren eines besseren, und die Polen sind ganz gewiss schon soviel Realpolitiker, dass, wenn die Mittel mit dem Zweck in Einklang gebracht werden, sie ganz sicher keine selbstmörderische Politik treiben werden.

Und diese Harmonisierung kann nur seitens der Zentralmächte erfolgen, nicht aber seitens Russlands, dass mit dem Einbüssen Kongresspolens total aus Mitteleuropa hinausgeworfen wurde. Diese Realpolitik trägt in sich die besten Garantien für die Zukunft, auch vom Standpunkte der Zentralmächte, weil, wie oben gesagt, eine andere Politik Selbstmord wäre.

Wenn wir diesen Standpunkt — reell begründet — den Polen klar machen und ihnen statt der gleisnerischen Versprechungen Russlands einen dementsprechenden Plan der wirklichen Machthaber, die über die Zukunft des Landes entscheiden, darstellen, so wird sich gewiss das ganze Land um dies Programm scharen, und die Polen werden noch einmal der Welt ein Beispiel ihrer grenzenlosen Opferwilligkeit fürs Vaterland bieten. Darin wird sich eben die Disziplin und der real—politische Blick der Polen am besten beweisen. Sogar das alte System „divide et impera", das Polen zugrunde gerichtet hat, wird unseren Feinden nichts nützen.

Denn auf anderen Gebieten steht ja die Realpolitik und die politische Disziplin ausser Zweifel. Lesen wir, was über diesen Gegenstand z. B. Prof. Krantz schreibt. Auch war z. B. der Polenklub des österreichischen Abgeordnetenhauses ein Halbjahrhundertlang die best disziplinierte Gruppe des Reichstages.

Der Akt vom 16. August 1914., der sämtliche Parteien Galiziens im Polnischen Obersten Nationalkomitee vereinigte, führt auch eine beredte Sprache: er beweist nämlich, wie leicht die Solidarität der Polen zustande kommt, wenn ihnen ein klares nationales Ziel voranleuchtet. Kongresspolen hat ja seinerzeit das grossartigste Beispiel politischer Disziplin geliefert, indem es fast jahrhundertlang unter den schrecklichsten Verhältnissen seine Offensive gegen Russland nicht aufgab. Im alltäglichen Leben beweist ja heute auch Warschau eine Disziplin und Ordnung, für die deutsche Korrespondenten voll Lob sind.

Es handelt sich also um volle praktische Schlussfolgerungen — diejenige aber, die Herr Grabowsky aus seinen unrichtigen Voraussetzungen zieht, ist gewiss nicht dazu geeignet, die verwickelte Frage einer richtigen Lösung zuzuführen. Darin werden alle Polen eines Sinnes sein. Zu viel Kunst hat den Verfasser zu einem gar erkünstelten System, zu viel Psychologismus — zu einer ganz falschen Psychologie geführt.

Darüber aber — in einem anderen Artikel.

Eine polnische Dichterstimme.

(Randbemerkungen zu Stanisław Przybyszewskis „Polen und der heilige Krieg“. München, bei Georg Müller.)

von **J. P. von Ardeschah.**

Politisch ist die polnische Frage heute noch ein dunkler Punkt in Deutschland. Mit dieser Tatsache muss natürlich gerechnet werden. Unabhängig von rein politischen Gesichtspunkten haben aber angesichts

entscheidender geschichtlicher Ereignisse auch seelische Zustände ihre nicht zu unterschätzende Bedeutung. In dieser Hinsicht ist der Zustand, in dem sich heute die polnische Seele befindet, recht beachtenswert und als verborgene, erst werdende Realität neben den Realitäten des staatlichen und öffentlichen Lebens wohl in Rechnung zu stellen. Darum mag das Bekenntnis eines Nichtpolikers auch einmal für die Politik Geltung haben, besonders wenn er ein Mann von der Bedeutung und Tiefe eines Stanisław Przybyszewski ist. Schon allein die Tatsache, dass hier ein polnischer Dichter vom Rang eines Przybyszewski Stellung zu den Ereignissen im Osten nimmt, verdient Berücksichtigung und noch um so mehr, weil gerade an diesem Dokument die Verschiedenheit des Wärmegrades veranschaulicht wird, mit dem die beiden durch die kriegerischen Ereignisse näher gebrachten Völker: das deutsche und das polnische, die polnische Frage werten. Man wird auch im Ganzen die Stellung, an der das deutsche Volk — ich meine ausdrücklich das deutsche Volk — zur polnischen Frage in diesem Weltkrieg festgehalten hat, kaum anders als indifferent bezeichnen können. Dass eine solche Verschiedenheit des gefühlsmässigen Dunstkreises bei den besten beiderseitigen Absichten der geistig führenden Männer nicht ohne eine Einwirkung auf die Leichtigkeit der bisherigen Verständigung gewesen ist, ergibt sich für jeden Vorurteilsfreien von selbst, der einmal den Unterschied erkannt hat. Von jener begeisterten Stimmung für die Polen, deren Przybyszewski Erwähnung tut und die um die 30-er Jahre des 19. Jahrhunderts in den Polenliedern eines Nikolaus Lenau, Anastasius Grün, August Grafen Platen, Freiherrn von Zedlitz, Freiherrn von Maltitz, Karl Buchner, Freiligrath, Herwegh und manches anderen Ausdruck gefunden hat, ist heute auch nicht die Spur zu finden. Das Verhältnis ist selbst, wenn man die beiden Zeiten vergleicht — ein Vergleich drängt sich geradezu auf — ein grundsätztlich verschiedenes. Damals, als das deutsche Volk

mit Teilnahme und Aufregung den polnischen Aufstand von 1831 verfolgte und die letzte Hoffnung der Polen mit schmerzlicher Trauer unter Russlands Streichen sinken sah, bäumte sich das tiefe Rechtsgefühl der Deutschen und ihr tief eingewurzeltes sittliches Empfinden gegen die Vergewaltigung eines um die Freiheitssache verdienten Volkes seitens der rohen Despotengewalt des russischen Zaren, und der Durchzug der Besiegten durch die deutschen Städte gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug, den vergebens die regierenden Gewalten aus hochpolitischen Gründen zu verhindern suchten. Heute verharrt das deutsche Volk hier in einer unwandelbaren Gleichgültigkeit, der hier und da selbst ablehnende Uutertöne nicht fehlen. Dieses ist nicht unerklärlich und dürfte auch nicht entmutigend auf diejenigen wirken, die sich heute bemühen durch aufrichtige Aussprache ein deutsch—polnisches Verständnis, dessen geschichliche Notwendigkeit sie erkannt haben, herbeizuführen. Es ist unmöglich zu erwarten, dass sich eine Wandlung aus einem seit Generationen festgehaltenen Gesichtspunkt, wie es die Stellung der Deutschen zur Polenfrage war, so rasch vollziehen konnte und dieses noch zu einer Zeit, da die deutsche Seele mit so vielerlei Dingen fertig zu werden hat.

Einer deutsch—polnischen Verständigung von Volk zu Volk standen eigentlich in diesem Kriege zwei Haupthindernisse im Wege. Die traditionelle Russenpolitik Deutschlands und die Ostjudenfrage. Man darf wohl beide heute und ganz besonders das erste als ziemlich beseitigt ansehen und darum auch den Augenblick für geeignet halten, dass ein Geständnis wie dasjenige Przybyszewskis vorurteilslos aufgenommen wird. Dieses Geständnis ist aber nichts Geringeres als eine rückhaltslose Entblössung der polnischen Seele, wie sie heute ist, und darum wohl stand es eher einem Dichter zu, dessen Wert auch Deutschland kennt, hier der Fürsprecher zu werden. Im Munde eines Politikers hätten

diese Worte schwerlich jene Unmittelbarkeit und Wucht erlangen können, die sie als spontanes Bekenntnis eines Dichters besitzen müssen Was besonders beachtenswert an diesem Bekenntnis ist, das dürfte wohl für die deutschen Leser das klar zum Ausdruck kommende Erlebnis des deutschen Heroismus sein, in diesem Weltkampf um das Dasein Deutschlands und des Deutschtums, wie es sich in der polnischen Seele gespiegelt hat und sie beeinflussend zu einer neuen Wertung deutschen Wesens drängte. Ist dieser Sieg nicht wert verzeichnet zu werden, in einer Zeit, da die Länder Europas von einem wilden Lärm des Hasses gegen alles, was deutsch ist widerhallen? — Die polnische Seele naht der deutschen mit ihrem Eingeständnis vom „heiligen" Krieg, das um so schwerwiegender ist, da es völlig rückhaltlos gemacht wurde ohne eine Nutzanwendnng auf die noch ungewisse polnische Zukunft. Sie bekennt, „dass Polen die tiefste Achtung einem Volke entgegenbringt, das jetzt gegen siebenhundert Millionen Feinde kämpft" ohne zu wanken noch zu zagen; sie bezeugt, dass sie den Heroismus des deutschen Volkes wohl zu werten weiss. Und hat die deutsche Seele ein gleiches Erlebnis an den Polen nicht machen können, weil die Massstäbe, deren sie sich bediente, weder zu den polnischen Möglichkeiten, noch zu den polnischen Hilfsmitteln passten, so ist schwerlich zu erwarten, dass sie sich der Unmittelbarkeit eines Seelenbekenntnisses absichtlich verschliessen würde, das einem neuen Vertrauen entsprungen ist. Ein solches Vertrauen ist eine hohe und heilige Sache, die zu den Grundlagen einer ganzen Zukunft gezählt werden kann. Einen Grund zum Misstrauen dürfte ein Bekenntnis dieser Art kaum bieten. Was die polnische Seele will, das ist rückhaltlos in ihrem Bekenntnis enthalten. Sie stellt keine Forderungen, sie wirft das wenige, das ihr nach der Erfüllung ihrer eisernen Pflicht übrig geblieben ist, auf die Wagschale des Krieges, indem sie sich auf die Seite Deutschland—Oesterreichs stellt. Auch Illusionen macht sie

nicht, wie das die von Przybyswzewski mit Recht als massgebend angeführten Worte aus der Anrede des Führers der freiwilligen polnischen Legionen beweisen, der zum Zeichen seiner kriegerischen Verdienste auch das deutsche eiserne Kreuz erster Klasse an der Brust trägt.

In diesem unpolitischen und doch sehr realen Sinne ist das Buch Przybyszewskis mehr als ein blosses Bekenntnis. Es ist die Stimme eines grossen Vertreters der polnischen Seele, die da zaghaft an das Tor des deutschen Gewissens klopft.

Freiherr vom Stein und Polen.

III.

Im Mai 1812 erhielt Freiherr vom Stein vom Kaiser Alexander I. die Aufforderung, sich nach Russland zu begeben und ihn mit Rat zu unterstützen.

„Der Hauptzug in seinem Charakter, schrieb er, als er den Zaren kennen gelernt hatte*), ist Gutmütigkeit, Freundlichkeit und ein Wunsch, die Menschen zu beglücken und zu veredeln".

Verstand der Kaiser auf den Freiherrn vom Stein wie auch auf den Fürsten Czartoryski und den Fürsten Ogiński den Reiz seiner Beredsamkeit wirken zu lassen, so ist ihm dies anderen Staatsmännern und Politikern gegenüber nicht gelungen. „Man hält ihn — lautete ein Bericht der Geheimpolizei auf dem Wiener Kongress — für einen Schwindler, der sich vor ehrenwerten Leuten den Anschein des Philantropen gibt, aber auch die Kanaille an sich zieht, um alle Welt für sich zu haben. Man glaubt, er sei falsch und ohne moralischen Fond, obgleich er von Religion redet, wie ein Heiliger und allen Schein wahrt"**).

---

*) Steins Denkwürdigkeiten über 1812. S. 178.

**) Vgl. bei August Fournier. Die Geheimpolizei auf dem Wiener Kongress. Wien-Leipzig 1913.

Frh. v. Stein erkannte bald, dass die überwiegende Mehrheit der Russen die Polen hasst und verachtet und den damals vom Zaren gehegten Plan einer Personalunion zwischen Polen und Russland entschieden missbilligt. Gleichzeitig wünscht sie aber „die Weichsel zur Grenze“ zu haben*); vor allem widersetzte sich diese Mehrheit dem Plane Alexanders, Polen eine konstitutionelle Verfassung zu verleihen. Es scheint, dass Stein sich von dieser Gruppe der Polenhasser beeinflussen liess. Denn in demselben Schreiben, in dem er obige politische Stimmung schildert, äussert er eine fast identisch lautende eigene Meinung über die Absichten des Kaisers Alexander. Hatte er in der Nassauer Denkschrift der polnischen Konstitution von 1791 Worte der Anerkennung gespendet, so fragt er jetzt höchst bestürzt: „Ist ein Volk, das aus Edelleuten, Juden und tief gebeugten (?) Leibeigenen besteht**), zum Genuss einer vernünftigen Freiheit fähig, nachdem eine zweihundertjährige Anarchie es durchaus verbildet hat!“ ***)

Andererseits bemerkt Stein ganz richtig: „Angenommen das wiedererstandene Polen erhalte von Russland eine Konstitution, so wird sie von denen Beherrschern Russlands entweder geachtet oder nicht? im letzten Fall bildet und unterhält sich ein Geist des Missvergnügens, der neue Beweggründe in denen Beeinträchtigung auffindet, um sich zuwider zu streben, sich loszureissen und unabhängig zu werden; es wird ferner wahrscheinlich, dass er eintreten werde, weil Regenten eines despotischen Staats es leichter finden, zu gebieten, durchzugreifen, als zu influenzieren und selbstgezogene Grenzlinien zu beobachten. Kommt die Konstitution in Tätigkeit, so wird sich in diesem Lande, welches durch die anno 1772 gezogene Grenzen den Dniepr und die Düne bestimmt wird, ein konstitutioneller republikanischer Geist bilden, der den russischen Des-

*) Brief Steins an Münster v. 7. Nov. Pertz III, 205.

**) Bekanntlich wurden die Bauernuntertänigkeit und die Frohndienste durch die Gesetzgecung Napoleons 1807 aufgehoben.

***) Brief an Münster vom 7. Nov. 1812. Pertz III, 206.

potismus verschlingt oder von ihm verschlungen wird."*)

Er hofft deshalb auf England, dass es in Verbindung mit Oesterreich „diesen wilden Plänen Grenzen setzen, durch bestimmte feste Erklärungen, welche durch einen gescheuteten und kräftigen Mann abgegeben werden.**)

An dieser Ueberzeugung festhaltend, wendet sich Stein am 1. November 1812 mit einer Denkschrift an die englische Regierung, wo er vorschlägt, das Herzogtum Warschau dem König von Sachsen zu überlassen und an Preussen einen Teil des Dreiecks zwischen Schlesien und Preussen abzutreten.

Denn — meint er — Russland ist zu gross und zu gerecht, um sich zu vergrössern und das allgemeine Misstrauen erregen zu wollen.***)

Nun aber schon im Frühjahr 1813 kam Freiherr vom Stein den Ansprüchen Kaisers Alexander so weit entgegen, dass er vielleicht am meisten zur Entstehung der Kalischer Konvention beigetragen hat. Danach sollte fast das ganze Herzogtum Warschau an Russland fallen, Preussen als Entschädigung Sachsen erhalten.

Es wäre aber irrtümlich, die Hauptidee dieses Vertrages, der einfach zu einer neuen Teilung Polens geführt hätte und später zur Grundlage des Wiener Kongresses wurde, dem Freiherrn vom Stein zuzuschreiben. Schon am 13. Januar, bevor es zur Beratung zwischen Alexander und Stein kam, sagte der Kaiser zu dem Abgesandten Friedrich Wilhelms, dem Major von Natzmer: Ueber die Polen zu gebende Gestalt hätte er noch nicht beschlossen, indessen würde er auf keinen Fall ohne Oesterreichs und Preussens Zustimmung damit etwas vornehmen. Die alte Teilung zwischen Oesterreich, Russland und Preussen scheine ihm das Beste zu sein, was man in der Folge mit Polen machen könnte****). Und in

*) Pertz III, 207.
**) Pertz III, 208.
***) Pertz III, 208
****) Aus dem Leben des Generals v. Natzmer, Berlin 1876 I, 95-100. Oncken. Das Zeitalter der Revolution usw. Berlin 1886. II, 590.

demselben 13. Januar 1813 schrieb derselbe Kaiser Alexander seinem Freunde, dem Polen Czartoryski, seine Lieblingsidee in Bezug auf Gründung eines Polenreiches sei noch ganz die alte, nur dürfen Oesterreich und Preussen davon nichts wissen, weil sie sich sonst von ihm abwenden und Frankreich in die Arme werfen würden.*)

IV.

Erst auf dem Wiener Kongress gelangte Freiherr vom Stein zur Ueberzeugung, dass die Pläne Alexanders viel umfassender waren, als er gedacht hätte. Der russische Kaiser verlangte jetzt nicht allein Warschau, sondern auch Thorn und Krakau. Zugleich beabsichtigte er, Polen durch Personalunion mit Russland zu vereinigen und ihm eine konstitutionelle Verfassung zu verleihen. Aehnlich wie im Jahre 1812 widersetzt sich Stein dieser Absicht des Zaren und begründet sein Bedenken darüber in einer Denkschrift vom 5. Oktober 1814. So wie damals von den russischen Aristokraten, so lässt er sich jetzt von einem ausgesprochenen Polenfeinde, General von Knesebek**) beeinflussen. In der erwähnten Denkschrift behauptet Stein, die Polen seien noch nicht genug reif, sich selbst zu regieren und einen nnabhängigen Staat zu bilden. Zugleich aber betont er, dass ein solcher „Zustand der Dinge die Elemente der Uneinigkeit zwischen dem despotisch-regierten Russland und verfassungsfreien Polen enthält“ und das Erstere „stets bereit sein wird, die Einheit in Einverleibung zu verwandeln.“ Somit wird der „Vereinigung entweder die Unterjochung oder die Trennung folgen, Veränderungen welche jedoch nur durch neue Erschütterungen werden bewirkt werden.“***)

Eine ähnliche Ueberzeugung wiederholt Stein in einer Unterredung mit dem Zaren am 19. Oktober.****)

---

*) Oncken. Oesterreich und Preussen usw. I, 194 ff, 226 ff.

**) Vgl. dessen Denkschrift v. 28. September geschrieben für Stein (Pertz IV, 646) mit der Denkschrift Steins v. 6. Oktober (Pertz IV, 1647.

***) Pertz IV, 165.

****) Steins Tagebuch, hrg. v. M. Lehmann. Hist. Zeitschrift Bd. 60 Heft 3 (1888) S. 382 ff.

Nun aber, auf den Fall, sollte in der Tat ein Teil Polens Russland zufallen, riet er, statt einer konstitutionellen Verfassung, den Polen Freiheit und Wohlfahrt durch Erteilung von Gemeinde-, Stadt- und Landschafts-Verfassung zu gewähren. Genug, rief er Alexander zu, wenn man den Polen Gerechtigkeit widerfahren lassen will, darf man sich eben so wichtigen Rücksichten der Politik und der Sittlichkeit nicht entziehen. Wenn sie — sagte er — in diesem Augenblick, nicht die Vorteile einer allgemeinen Verfassung erhalten, so müssen sie dieses Opfer den Interessen Europas mit Dankbarkeit bringen, die sie den Verbündeten dafür schulden, dass sie aus den Ketten Napoleons befreit sind.*)

Will der Kaiser Alexander in Bezug auf die Polenfrage zu einer Verständigung mit anderen Mächten und insbesondere mit Preussen kommen, so muss er unbedingt seine territorialen Forderungen einigermassen ermässigen. Die Grenze, der Meinung Steins nach, sollte so weit ostwärts gerückt werden, dass sie von Thorn aus an die Warte, von dort auf Częstochau und Krakau reiche. Den Vorstellungen des Freiherrn vom Stein war es auch zum Teil zu danken, dass der Kaiser Alexander insofern nachgab, als er vorschlug, Krakau und Thorn als neutral zu erklären und ihnen unter dem Schutze der drei Mächte eine ähnliche Stellung zu geben, wie die der Hansastädte war.

Nicht Freiherr vom Stein allein irrte, wenn er behauptete, die dass oben gezeichnete Lösung der Polenfrage die richtigste sei. Mit Recht sagte Bismarck in einer seiner Reichtagsreden: Im Jahre 1815 hat man zuerst sich die Schwierigkeit der Situation, in die man eintrat, nicht vergegenwärtigt, wohl hauptsächlich darum, weil damals auf die Stimmung der Einwohner weniger Gewicht gelegt wurde, als auf die der Staatsmänner. Das historische Wesen dieses Kongresses, dessen Verhandlungen sich 9 Monate hinzogen, wird noch sehr treffend gekennzeichnet durch die Frage Byrons, ob denn der

*) Pertz IV, 166.

Löwe nur erlegt sei, damit die Wölfe freie Pirsch hätten, und durch das derbe Wort Blüchers: Der Kongress gleicht einem Jahrmarkte in einer kleinen Stadt, wo jeder sein Vieh hintreibt, es zu verkaufen und zu vertauschen.*)

V.

Nicht lange liessen die Folgen der Wiener Beschlüsse auf sich warten. Einer der Zeitgenossen, Martin Badeni hat zutreffend bemerkt: Alexander schenkte den Polen eine Konstituttion, hat aber zugleich eine Peitsche hineingelegt.

Der Ausbruch des Aufstandes Ende 1830 erweckte das Gewissen des ganzen liberalen Europas und veranschaulichte allen die Untat des Wiener Kongresses, offenbarte die völlige Gedankenlosigkeit einer längst überlebten Kabinettspolitik, die mit der Pfiffigkeit des Rossetäuschers mitten in den lärmenden Vergnügungen damals getrieben wurde. Erst jetzt enthüllt sich vor dem Freiherrn vom Stein das wahre Antlitz der russischen Humanität, erst jetzt erkannte er die Grundlosigkeit seiner russischen Sympathien. Er wirft seinen Blick auf das Unglück der polnischen Nation, das ihr der Wiener Kongress bereitet hat, er betrachtet das Werk seines ehemaligen Freundes, Alexander I, des „Befreiers von Europa" — betrachtet es mit dem Blick des abgeklärten Greises und kann sich des tiefsten Mitleides nicht erwehren. Er nimmt teil an unserem Schmerz, und unser Ruf nach Rache findet Widerhall in seiner Brust. Gerade jetzt in den Abendstunden — erzählt sein Biograph, Pertz (VI, 1118) las er die Schröder-Ogińsky's Denkwürdigkeiten vor, und obwohl ihm das treulose Benehmen der Kabinette 1793, 1794 bereits bekannt war, so regte ihn doch die Darstellung nicht selten zu heftigen Zorn auf. Mit lebhafter Teilnahme verfolgte er den jetzigen Kampf der Polen gegen ihre Bedrücker. Das Benehmen des Grossfürsten Konstantin und seiner Gehilfen rief in ihm Abscheu hervor. Er bedauerte die

*) Franz Mehring, 1818-1819. Von Kalisch nach Karlsbad. Stuttgart 1918. S. 72.

Leiden des heldenmütigen Volkes und tadelte diejenigen, „die es durch brutale Härte zum Aufstand gereizt hatten.“ „Die Selbstherrscher sollten nicht vergessen, schreibt er, dass auch die Völker von Gottes Gnade sind, und dass wer die niedergetretenen und auf Selbsthilfe angewiesenen Menschen zur Verzweiflung treibt, die Gerichte Gottes herausfordert.“ An die Gräfin Giech schreibt er am 7. Februar 1831*)

„Russland sollte bedenken, dass Polen gerechte Beschweren hat, und dass selbst in der letzten Zeit der Grossfürst Constantin und die russischen Befehlshaber sich grosse Missbräuche ihres Aussehens erlaubt haben . . .**)“

An seine Schwester am 3. März: „ . . . man kann sich nicht enthalten am unglücklichen Polen teilzunehmen — eine schwere Verantwortlichkeit trifft die so sie durch brutale Härte zum Aufstand gereizt haben, nämlich den Grossfürsten Konstantin und mehrere ihn umgebende Russen***)“.

An den Erzbischof von Köln am 9. März: „Die polnische Sache ist geendigt — den Aufstand kann man nicht billigen, aber das tapfere geistvolle Volk bedauern, die Teilung bleibt ein politisches Verbrechen, und unzweifelhaft wurden die Bewohner des anno 1815 gebildeten Königreichs durch die Brutalität des Grossfürsten Konstantin aufgereizt.“

Wieder an den Erzbischof von Köin am 8. Juni****). „Das Betragen des Kaisers Nikolas gegen die Polen, finde ich durchaus zu missbilligen; warum nicht den zweimal eröffneten Weg zum Frieden wählen, warum die scheusslichen in Litauen erlassenen Ukase, die an die Zeiten der Konvention erinnern; bleibt die Teilung von Polen nicht ewig ein verabscheuungswürdiges Unrecht — wurden die Bewohner des von Kaiser Alexander gebildeten König-

*) Pertz VI, 1118 ff.
**) Ebda.
***) Ebda. 1121.
****) VI, 1200.

reichs Polen nicht auf mannigfaltige Art vom Grossfürst Konstantin gedrückt, von den russischen Beamten gereizt — glaubt der Kaiser, eine Volksbewegung so im Einklang ist mit dessen in der civilisierten Welt herrschenden Ideen, lasse sich durch physische Gewalt unterdrücken, hat er es vergessen, dass im Dezember 1825 in den Strassen von Petersburg die Anhänger dieser Meinungen ihm mit den Waffen in der Hand gegenüberstanden, dass der Thron, auf dem er sitzt, in dem Laufe des 18. Jahrhunderts viermal seine Erledigung durch Meuchelmord und Aufruhr erhielt? Die Nemesis wird ihn in ihr Schuldbuch einschreiben, er entgeht ihr nicht."

Drei Wochen später segnete der grosse deutsche Patriot das Zeitliche. Leon Ponczyński.

Aus dem österreichischen Okkupationsgebiete.

Lublin, Ende Februar.

Ende vorigen und Anfang dieses Monats hat in allen Städten und Städtchen des österreichischen Okkupationsgebietes eine Reihe von Feierlichkeiten zu Ehren des nationalen Aufstandes gegen Russland vom Jahre 1863 stattgefunden. Es waren unvergessliche Augenblicke, als die Veteranen der nationalen Erhebung zum ersten Mal — seit einem halben Jahrhunderte, das überreich an Demütigung und Leid war — öffentlich als Vorkämpfer der nationalen Sache auftreten konnten; als die Jungen — voll Begeisterung — ihrem Beispiel zu folgen gelobten. Imposant gestalteten sich die Feierlichkeiten in Piotrków, Lublin, Jędrzejów, Pinczów und Chełm: überall sah man neben ehrwürdigen Greisen, die vor 53 Jahren fürs Vaterland geblutet hatten, Scharen von Bauern, die sich nun um die nationale Standarte gruppieren.

Erhebend war das nationale Fest in Chełm; die Landbevölkerung, die nach dem Aufstande ein Opfer

der grausamsten religiösen „Bekehrung“ seitens der russischen Schergen ward, sah jetzt ein Symbol der Auferstehung ihrer Religion, ihrer Freiheit. Als der Geistliche auf dem Friedhof das Kreuz auf der Grabplatte der Gefallenen von 1863 einsegnete, strömten die Bauern und Bäuerinnen heran und begannen schluchzend dies Zeichen des Leids und der Erlösung zu küssen. Abgehärtete Soldaten konnten bei diesem Anblick ihre Tränen nicht unterdrücken.

An die antirussische Erhebung erinnert besonders eine Ausstellung, die unlängst in unserer Stadt eröffnet wurde. Bis nun waren die Erinnerungen an das Jahr 1863 in unseren Herzen eingeschlossen; nur in stillen, nächtlichen Gesprächen wagte man der Heldentaten und Idealen der grossen Zeit zu gedenken; nur illegale, aus Galizien eingeschmuggelte Schriften erteilten der jüngeren Generation Aufschluss über die kampfvolle Vergangenheit. Die Ausstellung in Lublin enthält eine grosse Zahl Zeichnungen, Photographien, Kupferstiche: Porträts sämtlicher Mitglieder der Geheimregierung von 1863-4, Aufrufe und allerhand Dokumente. Unter den Porträts sieht man neben dem Schuster Hiszpański, den Grafen Zamojski, den Erzbischof Fiałkowski neben dem orthodoxen Rabbiner Meisels, den unvergesslichen Diktator Traugutt und die Heldin Helena Pastowojtów. Eine besondere Abteilung enthält Medaillen und Kreuze: die polnischen erinnern an die damalige nationale Trauer, die russischen an den Heroismus der Regierung, die ein Jahr und eine Viertel Million Soldaten brauchte, um die „Rebellion“ zu unterdrücken. Die „Sibirische Gruppe“ charakterisiert die Qualen der Verbannten, ihr mühseliges Leben und ihre Arbeit.

Doch genug von der Vergangenheit. In gegenwärtiger Stunde nimmt neben dem ökonomischen Moment am meisten das kulturfördernde unsere Kräfte in Anspruch. In ökonomischer Beziehung schildert unser Gebiet in einer unlängst erschienenen Publikation der Grossindustrielle Herr Lazarus. Der Zweck dieser

Denkschrift war die Heranziehung von österreichischen Kapitalien zum Aufbau des Landes und dessen industriellen Belebung. Die vier von Oesterreich okkupierten Gouvernements umfassen eine Oberfläche von 50191 km, deren bisherige jährliche Produktion $1^1/_2$ Millionen Kr. betrug; der Wert der Immobilien-Versicherungen — 250 Millionen; die Ersparnisse in den lokalen Kreditanstalten — die Filialen der Warschauer und Lodzer nicht miteinberechnet — betrugen 255 Millionen. Es bestanden hier 1562 Fabriken, die 179300 Arbeiter beschäftigten, deren Produktionswert sich auf 898 Millionen Kr. (der Wert der Gesamtproduktion Kongresspolens betrug 2181000000) belief. Der Verfasser betrachtet unsere Zukunft äusserst optimistisch und entwirft eine Reihe von Projekten, die an Kühnheit nichts zu wünschen übrig lassen.

Einstweilen sind die Aussichten auf die nächste Zukunft nicht dazu angetan, unsere Sorgen zu verscheuchen. Das Elend ist gross — die Hilfsquellen gering. Die Regierung trägt vieles zur Linderung der Not bei. Die russische Regierung, die in ausländischen Zeitungen Märchen über den „Spanischen Konsul", der für die Reservistenfamilien und gewesenen Beamten sorgen soll, erzählen lässt, hat in Wirklichkeit seine elementare Pflicht vergessen. Die K. und K. Verwaltung hat sich also der Armen angenommen, und lässt allen eine reguläre monatliche Unterstützung zukommen; allein in der Stadt Piotrków wurde im Februar den Reservistenfamilien 75000 Kr., gewesenen Beamten — 38678 Kr. ausgezahlt. Um das Elend zu lindern, hat das Kreiskommando in Piotrków in schöner Weise den Jahrestag seines Bestehens gefeiert: es hat nämlich grosse Spenden unter die polnischen humanitären Anstalten des Piotrkower Kreises verteilt. So erhielten das Kreiskomitee eine Subvention in der Höhe von 30000 Kronen, das städtische Rettungskomitee 15000 Kronen (darunter 12% für das jüdische); für die Kinderheime wurden 20000 Kronen, für die Beschaffung von Kleidern für die Schul-

kinder 10000 Kronen gespendet. Der Lehrerverein erhielt 500 Kr. für die Schüler der Abendkurse; die Vereine für Kinderheime erhielten 5—6000 Kr. Zu gleicher Zeit wird eifrig an dem Schulwesen gearbeitet.

Der Kampf mit dem von Russland gepflegten Obskurantismus bildet auch eine unserer Hauptaufgaben. Sind wir doch dank der Verdummungspolitik der russischen Regierung so weit heruntergekommen, dass Polen — noch vor wenigen Jahren nebst den Balten die schulreichste Fremdnation Russlands — im Jahre 1914 nebst Sibirien den grössten Prozentsatz von Analphabeten aufwies. Die gesamte Statistik stellt fest, dass von 1882 bis 1894 — die berüchtigte Periode, da Apuchtin Kurator des Warschauer Schulbezirkes war — die Volksbildung im Königreich zurückgegangen sei. Während nämlich im Jahre 1882 ein Schüler auf 35 und eine Schule auf 1925 Einwohner entfiel, kam am Schluss dieser Periode ein Schüler auf 38 und eine Schule auf 2150 Bewohner. Während in Russland eine Schule auf 1967 Einwohner entfällt, kommt im Königreich eine Schule auf 2552 Einwohner. Die Ausgaben des Staatsschatzes für ein Kind im schulpflichtigen Alter betrugen in Russland 1 Rubel 70 Kopeken, im Königreich 69 Kopeken. Und darin liegt die Quelle des Analphabetismus in Polen.

Nun heisst es mit dieser russischen Misswirtschaft gründlich aufzuräumen, ihre letzten Spuren zu vertilgen.

Sofort nach Verdrängung der Russen nahm die Bevölkerung, die bis dahin stark vernachlässigte Aufklärungsarbeit selbst in die Hände und fand auch bei den österreichischen Behörden und ihren erfahrenen, dem galizischen Schuldienst entnommenen Aufsichtsorganen grosses Entgegenkommen und bereitwillige Unterstützung. Zahlreiche Volks-, Mittel- und Fachschulen, Kinderhorte usw. wurden wiedereröffnet oder neu gegründet, Lehrkräfte herangezogen und in besonderen Kursen ausgebildet. Die Versorgung der Schulen mit Lehrmitteln und Behelfen hat das Bureau unter den

gegebenen Verhältnissen glänzend durchgeführt, mehrere volkstümliche Aufklärungsschriften und Unterrichtsprogramme erscheinen lassen und beginnt jetzt mit der Herausgabe einer „Bibliothek des Volkslehrers". Gleichzeitig wurde die Gründung einer ganzen Reihe von Lehrer- und Schülerbibliotheken durchgeführt oder in Angriff genommen; ferner eine gut funktionierende Arbeitsvermittlungsstelle für Lehrkräfte in Piotrków mit mehreren Zweigstellen ins Leben gerufen.

Die polnische Schule im österreichischen Okkupationsgebiete ist ein Lichtblick in der überaus traurigen Gegenwart Kongresspolens

Hier einige Zahlen aus dem Piotrkower Schulbezirke, wo der Schulinspektor Herr Korol, gewesener Gymnasiallehrer aus Przemyśl, eine energische Tätigkeit entfaltet. Vor einem Jahre waren hier 129 Schulen, grösstenteils untätig, vorhanden; von den 67 Lehrkräften war mehr als die Hälfte abwesend; nun haben wir 156 Volksschulen mit mehreren Parallelklassen, ausserdem 10 Privatanstalten, ferner 17 Kinderheime, 2 Froebelschulen, 3 Waisenhäuser, 2 Abendschulen, ferner Handwerker- und Handelskurse.

Das Verhältnis der Schulbehörden zu der einheimischen Bevölkerung ist das möglich beste. In jeder Ortschaft wurde ein Ortsschulrat ins Leben gerufen, zu dem ausser Delegierten des Gemeinderates, Vertreter aller Kultusgemeinden und der Lehrerschaft angehören. Diese Schulräte sorgen fürs Wirtschaftliche ihrer Anstalten und haben das Initiativ-Recht; ihre Anträge, auf genauer Kenntnis der Lokalverhältnisse basierend, werden von den Behörden mit grossem Entgegenkommen behandelt.

Auch auf anderen Gebieten macht unser autonomes Leben bedeutende Fortschritte. Unlängst wurden seitens der Okkupationsbehörden Vorschriften veröffentlicht, die die lokale Selbstverwaltung und den Wirkungskreis der Dorfgemeinde im Königreich Polen betreffen. Dieser Wirkungskreis ist ein zweifacher: der eigene und der übertragene.

Zum eigenen Wirkungskreis gehören: Die Verwaltung des beweglichen und unbeweglichen Gemeindevermögens, die Ernennung von Gemeindefunktionären und deren Entlohnung, die Feststellung des Budgets für die innere Wirtschaft des Dorfes, die Regelung der Bedeckung dieser Ausgaben. Das vom Gemeinderat beschlossene Budget muss noch dem Kreiskommando zur Genehmigung zugeschickt werden. Den Schlüssel zur Steuerbemessung beschliesst der Gemeinderat. Es ist aber angezeigt, bei der Steuerbemessung in der Gemeinde nach Möglichkeit das Personaleinkommen und das Einkommen aus Kapitalien zu berücksichtigen.

Zum übertragenen Wirkungskreis gehören vor allem sämtliche der Gemeindeverwaltung als Verwaltungsbehörde I. Instanz vom Kreiskommando zur Erledigung oder Durchführung übergebenen Angelegenheiten. Diesem Kommando steht das Aufsichtsrecht über die ganze wirtschaftliche Gebarung der Dörfer, Ansiedlungen und Städte zu.

Ausser den der Gemeinde vom Kreiskommando von Fall zu Fall zur Erledigung übergebenen Angelegenheiten und Aufträgen gehört zum übertragenen Wirkungskreis auch die Polizei, also Sicherheits-, Sanitäts-, Sitten-, Strassen- und Gewerbepolizei, Meldungsangelegenheiten, Aufsicht über die Verwaltungen der Dörfer, schliesslich die Versorgung von Arbeitslosen und die Armenpflege. Das Strafvollzugsrecht wird im Königreich vom Dorfvorstand und zwei ad hoc berufenen Mitgliedern des Gemeinderates ausgeübt. Ihrem Urteil unterliegen alle Straffälle des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises. Dieses Gemeindeamt bemisst Strafen bis zur Höhe von 20 K oder zwei Tagen Arrest. Das Strafurteil wird dem Verurteilten mit der Belehrung zur Kenntnis gebracht, dass ihm gegen dieses Urteil ein Rekurs an das k. u. k. Kreiskommando zustehe. Die Strafgelder fliessen der Kasse jener Gemeinde zu, in der die Tat, wegen der die Bestrafung erfolgte, begangen wurde. Diese strafgerichtlichen Attributionen

sind nicht mit denen der Gemeindegerichte zu verwechseln.

Der Wirkungskreis des Gemeindevorstehers, der an der Spitze der zu einer Gemeinde vereinigten Dörfer steht sowie des Schulzen, der an der Spitze des einzelnen Dorfes, des Gemeinderates und der Miliz steht, ist ebenfalls umschrieben. Der Gemeindevorsteher (wójt) vertritt die Gemeinde nach aussen hin. Er leitet die Gemeindeverwaltung sowohl im eigenen als auch im übertragenen Wirkungskreis, er führt die Befehle und Aufträge der Okkupationsbehörden und die Beschlüsse des Gemeinderates aus Er erteilt Weisungen und Aufträge an die Schulzen (sołtys) und andere Gemeindefunktionäre, beaufsichtigt die gehörige Durchführung und den Vollzug dieser Aufträge und übt die Kontrolle über die Einnahme der Gemeindesteuern aus. In Abwesenheit des Vorstehers vertreten ihn in allen Angelegenheiten die vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählten, vom Kreiskommando bestätigten Stellvertreter. Der Wirkungskreis des Schulzen ist bedeutend geringer als der der Gemeindevorsteher. Der Schulze übt blos das Amt eines Vorstehers eines Dorfes aus, sorgt für Ordnung und Ruhe im Dorf und für die Ausführung der kundgemachten Vorschriften. Ueber die Bedürfnisse der ihm unterstehenden Ortschaft, über vorkommende Vergehen und über seine eigenen Wahrnehmungen erstattet er dem Gemeindevorsteher Bericht und führt dessen Aufträge aus. In seiner Amtsführung untersteht er dem Gemeinderat.

Eine allgemein gültige Städteordnung gibt es noch nicht; es wird eben daran gearbeitet. Der in Piotrków erscheinende „Dziennik Narodowy“ bringt den Entwurf eines provisorischen Autonomiestatutes für die Gemeindeverwaltung der Gerichtshofstadt Piotrków. (Der Titel Gerichtshofstadt stammt aus der Zeit der polnischen Republik, da Piotrków der Sitz eines Obersten Gerichtshofes war.) Dieser Entwurf ist in dem Schosse der Bürgerschaft von Piotrków entstanden und wird dem Kriegsgeneralgouverneur zur Genehmigung vorgelegt.

Nach dem erwähnten Entwurf kommt das aktive und passive Wahlrecht allen jenen Personen männlichen Geschlechtes zu, die mindestens 25 Jahre alt sind und seit 3 Jahren in der Stadt wohnen, soweit sie daselbst unbewegliches Eigentum besitzen, die Wohnungssteuer entrichten oder wenigstens die städtische Elementarschule beendigt haben. Der Gemeinderat besteht aus 30 christlichen und 10 nichtchristlichen Mitgliedern und einem Obmann und wählt einen Stadtrat, der aus einem Präsidenten, Vizepräsidenten, sechs christlichen und zwei nichtchristlichen zusammengesetzt ist.

Das Gemeindestatut erlangt nach seiner Genehmigung Gesetzkraft für die Dauer des Krieges und eines halben Jahres nach Friedensschluss.

Das ist nur ein Entwurf, der unter den Demokraten manche Gegner findet. Fr. Morski.

✻✻✻✻ Vom Büchertisch. ✻✻✻✻

Polska i święta wojna. Napisał Stanisław Przybyszewski. Wydawnictwo księgarni Maryana Hasklera. Stanisławów. 1916. **(Polen und der heilige Krieg. Von Stanisław Przybyszewski.)** Wien, Hofbuchhandlung M. Perles.

An anderer Stelle wird der Leser eine Würdigung des Przybyszewski'schen Buches von der Feder des in Deutschland rühmlichst bekannten Uebersetzers und dichterischen Nachempfinders Paul von Ardeschah finden.

Przybyszewski hat sowohl in der polnischen, wie in der deutschen Literatur eine so bahnbrechende Rolle gespielt, dass alles, was von seiner Feder stammt, sicherlich Beachtung verdient. Auf dem Höhepunkt seines künstlerischen Schaffens verkündete er, wie erinnerlich, die L'art pour l'art-Formel, die Theorie einer methaphysischen Kunst, losgelöst von jeglicher Tendenz des alltäglichen Lebens. Ein äusserst schwieriger Standpunkt für jeden Künstler, für einen polnischen aber — unmöglich. Also ging Przybyszewski den Weg seiner grossen Vorgänger und warf in der Stunde der grossen geschichtlichen Entscheidungen das Dichterwort auf die Wagschale Dies Auftreten Przybyszewskis will als künstlerische Projektion, und nicht als Erörterungen eines Politikers behandelt werden.

Die Freunde seines mächtigen Talents werden in diesen Skizzen die Frische und die Gewalt seines Gefühls, das sich selbstredend nicht in verstandesmässigen Aufsätzen ergeht, sondern in sprühenden Rapsodien und Rhythmen ergiesst, die das Tiefste in seinem Wesen: seine polnische Seele hervorzaubern.

Die nun erschienene polnische Uebersetzung des deutschen Orginals richtet sich an den polnischen Leser. Ursprünglich schrieb der Verfasser, wie er in der Vorrede bemerkt, seine „Broschüre“ aus-

schlieslich für die deutsche Gesellschaft; die polnische Uebersetzung kommt nicht unerwünscht. Der Pole, der das Original kennt, wird durch das edle Pathos, die Farbenpracht und den Umfang der Perspektiven des Künstlers das Weltbild eines gewaltigen Geschichtsabschnittes, in vaterländische Töne transponiert, empfangen Przybyszewski spricht im Namen des „idealen Grundsatzes“, was ja sein heiliges Dichterrecht ist. Indem er sich an den polnischen Leser wendet, wird er sicherlich nicht wenige hinreissen und in den Kreis seiner hoffnungsvollen und traumhaften Welt mithineinziehen. Möge das deutsche Original das Gleiche bei den deutschen Lesern bewirken — und, wie der Verfasser wünscht, auf diese Weise zur gegenseitigen Verständigung der beiden Völker beitragen.

NOTIZEN.

Die Einigung zwischen den galizischen Polen perfekt. Am 2. und 3. d. M. fanden in Krakau unter Vorsitz des Labg. Ritter von Garapich Beratungen der ostgalizischen konservativen Landtagsgruppen: Zentrum und Autonomistenpartei, über das Verhältnis dieser Gruppen zu dem Obersten Polnischen Nationalkomitee, statt.

Die Beratungen haben den Beschluss ergeben, dass die beiden genannten Gruppen ihre Vertreter in das Oberste Polnische Nationalkomitee entsenden.

Wie die Polnischen Nachrichten erfahren, werden angesichts dieses Beschlusses Sitzungen der politischen und parlamentarischen Komission des Polenklubs sowie die Vollversammlung des Polenklubs gegen 20. d. M. einberufen werden. In diesen Sitzungen werden die Ergebnisse der Einigungsaktion, insbesondere der Eintritt der polnischen Sozialdemokraten in den Polenklub vollzogen werden.

Anfang April findet in Krakau eine Vollversammlung aller polnischen Abgeordneten nach der Zusammensetzung vom 16. August 1914 statt, in welcher der Wiedereintritt der ostgalizischen Konservativen in das Oberste Nationalkomitee und die Wahl des Obmannes des Polenklubs Ritter v. Biliński zum Präsidenten des Obersten Polnischen Nationalkomitees vollzogen wird.

In dieser Weise wird das Problem der Vereinheitlichung der polnischen Politik endgültig gelöst.

Die Kriegsschäden in Polen. Dank Bemühungen der Warschauer Fachkreise ist eine graphische Uebersicht der Kriegsschäden in Polen erschienen, die in anschaulicher Weise den Umfang der Verwüstung in den einzelnen vom Kriege heimgesuchten Bezirken illustriert. Danach hätte der Krieg die grösste Verwüstung in den Gouvernements: Suwałki, Łomża, im Süden des Gouvernements Lublin und im Zentrum des Gouvernements Warschau, angerichtet. Verhältnismässig verschont blieben; das Gouvernement Płock, der westliche Teil der Gouvernements Warschau und Kalisz, sowie Teile der Gouvernements Piotrków und Kielce, ferner die Bezirke: Radom, Mińsko-Mazowiecki und Węgrów.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter“.

Berliner Tageblatt, Nr. 508:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter“. Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46:

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten drei Hefte vor.... -- Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von Feldman oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 553 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter“ zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1915:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter“ heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge u. s. w. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 43:

Herr W. Feldman, der als Herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleitet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben“ von Prof. v. Jaworski und „Zur deutsch-polnischen Verständigung“ von K. v. Srokowski . . .

Der Panther, Nr. XI. 1915:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären. Die Aufsätze des Präsidenten des Obersten Polnischen Nationalkomitees, Prof. v. Jaworski, des galizischen Landtagsabgeordneten v. Srokowski, sowie Prof. Brückners und Schmollers Beiträge aus den ersten Heften seien besonders hervorgehoben..

Strassburger Post, 28. Dezbr. 1915:

Die im ersten Jahrgang stehende dreimal monatlich erscheinende Zeitschrift behandelt in sehr interessanter und vielseitiger Weise das Problem der Polen, das durch den Weltkrieg zu so ungewöhnlicher Aktualität gebracht wurde. Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich enstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich-Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuarbeiten versucht. Wer an dem politischen und natoinalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30. Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnischen Blätter“. Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber lässt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916:

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhältnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber“.